

Geschäftsordnung des Senats der Universität Bielefeld vom 2. März 2020

Aufgrund des § 2 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 12. Juli 2019 (GV. NRW. S. 425, ber. S. 593), hat der Senat der Universität Bielefeld die folgende Geschäftsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Vorsitz
- § 2 Einberufung
- § 3 Tagesordnung
- § 4 Stellvertretung
- § 5 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung
- § 6 Sitzungsdauer
- § 7 Öffentlichkeit
- § 8 Rederecht von Nichtmitgliedern
- § 9 Beschlussfähigkeit
- § 10 Leitung der Sitzung
- § 11 Worterteilung
- § 12 Anträge zur Geschäftsordnung
- § 13 Sachanträge und Abstimmungen
- § 14 Sondervotum
- § 15 Stimmrecht der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung
- § 16 Wahlen
- § 17 Protokollierung
- § 18 Ausschüsse und Kommissionen
- § 19 Unterkommissionen
- § 20 Auslegung der Geschäftsordnung
- § 21 Änderung der Geschäftsordnung
- § 22 Inkrafttreten

Rügeausschluss

§ 1 Vorsitz

- (1) Der Senat wählt aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer*innen eine*n Vorsitzende*n und aus der Mitte der stimmberechtigten Vertreter*innen einer anderen Mitgliedergruppe eine*n Stellvertreter*in mit der Mehrheit der Stimmen des Senats. Die Wahl des Vorsitzes bedarf zusätzlich der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer*innen.
- (2) Die*der Vorsitzende und der*die Stellvertreter*in unterstützen sich gegenseitig bei ihrer Tätigkeit.
- (3) Die*der Vorsitzende bereitet die Sitzungen des Senats zusammen mit dem Rektorat vor.

§ 2 Einberufung

- (1) Die*der Vorsitzende beruft den Senat zu dessen Sitzungen ein.
- (2) Der Senat ist einzuberufen, wenn ein Fünftel seiner stimmberechtigten Mitglieder oder wenn alle stimmberechtigten Vertreter*innen einer Mitgliedergruppe dies unter Angabe des Tagesordnungspunktes (TOP) verlangen.
- (3) Die Einladungen werden den Senatsmitgliedern und den stellvertretenden Senatsmitgliedern spätestens zehn Tage vor der Sitzung schriftlich (per Brief oder elektronisch) zugesendet. Sie enthalten die Tagesordnung der Sitzung. Unterlagen über die zu beratenden Tagesordnungspunkte, insbesondere Beschlussentwürfe, sind beizufügen. In außergewöhnlichen Fällen, die keinen Aufschub vertragen, kann die Einladungsfrist unterschritten werden. Die Einladung muss den Senatsmitgliedern und den stellvertretenden Senatsmitgliedern aber spätestens am fünften Kalendertag vor der Sitzung schriftlich zugesendet sein.
- (4) Für Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung gilt Entsprechendes. Diese müssen den Senatsmitgliedern und den stellvertretenden Senatsmitgliedern jedoch spätestens am fünften Kalendertag vor der Sitzung schriftlich zugesendet

sein. Für die Einhaltung der Mitteilungsfristen nach den Absätzen 3 und 4 sowie § 3 Abs. 2 gilt das Absendedatum als maßgeblicher Zeitpunkt.

(5) Die*der Vorsitzende setzt zusammen mit dem Rektorat für jeweils ein Semester die Sitzungstermine an. Sie sind den Senatsmitgliedern, den Fakultäten und Einrichtungen sowie der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

§ 3 Tagesordnung

(1) Die*der Vorsitzende stellt die Tagesordnung auf. Die vom Rektorat vorgelegten Tagesordnungspunkte sind aufzunehmen. Jedes stimmberechtigte Senatsmitglied kann bis spätestens vierzehn Tage, in außergewöhnlichen Fällen im Sinne des § 2 Abs. 3 bis spätestens sechs Tage vor der Sitzung von der*dem Vorsitzenden die Aufnahme von Tagesordnungspunkten verlangen. Dem Antrag sollen Beschlusssentwürfe beigefügt werden.

(2) Tagesordnungspunkte, die ohne Wahrung der Fristen nach § 2 Absatz 3 und Absatz 4 behandelt werden sollen, können auf Antrag gemäß § 12 in die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen werden, wenn zwei Drittel der Senatsmitglieder zustimmen. Das gleiche gilt, wenn wichtige Unterlagen zu einem Tagesordnungspunkt nicht spätestens am fünften Kalendertag vor der Sitzung den Senatsmitgliedern schriftlich zugesendet sind.

(3) Tagesordnungspunkte, die nach Absatz 2 nicht erledigt werden, sollen in der nächsten Sitzung des Senats vorrangig behandelt werden.

(4) Unter den Tagesordnungspunkten „Mitteilungen“ und „Verschiedenes“ können keine Anträge zur Beschlussfassung gestellt werden.

(5) Die Tagesordnung wird mit einfacher Mehrheit festgestellt.

§ 4 Stellvertretung

Der*die persönliche Stellvertreter*in eines Senatsmitglieds übernimmt in begründeten Fällen die Vertretung für die ganze Sitzung.

§ 5 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung

Die Senatsmitglieder nehmen an Entscheidungen, Abstimmungen und Beratungen über Angelegenheiten, die ihnen selbst oder nahen Angehörigen Vorteile oder Nachteile bringen können, nicht teil. Sie dürfen vorher eine Erklärung dazu abgeben. Im Übrigen gelten § 20 Abs. 1 Satz 1 und 3 und Abs. 2 bis 5 sowie § 21 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend.

§ 6 Sitzungsdauer

Die Sitzungsdauer ist in der Einladung anzugeben. Die vorgesehene Zeit kann um eine Stunde überschritten werden. Die Sitzung ist danach zu beenden, wenn mindestens zwei Mitglieder dies verlangen. Nicht erledigte Tagesordnungspunkte sollen in der nächsten Sitzung vorrangig behandelt werden.

§ 7 Öffentlichkeit

(1) Die Sitzungen des Senats sind öffentlich.

(2) Durch Beschluss kann die Öffentlichkeit ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 12 dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden werden. Personal- und Qualifikationsangelegenheiten sind nichtöffentlich und vertraulich zu behandeln.

§ 8 Rederecht von Nichtmitgliedern

(1) Ein Rederecht steht neben den stimmberechtigten und nichtstimmberechtigten Senatsmitgliedern auch Personen zu, die nach der Grundordnung oder dem Hochschulgesetz NRW in der jeweils geltenden Fassung an Beratungen zu beteiligen sind.

(2) Darüber hinaus kann sachkundigen Personen aus der Universität, Sachverständigen sowie weiteren Personen und Gästen auf Antrag gemäß § 12 ein Rederecht eingeräumt werden.

(3) In vertraulichen Angelegenheiten sind die Nichtmitglieder zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 9 Beschlussfähigkeit

(1) Der Senat kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung beraten und beschließen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die*der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest; sie gilt als fortbestehend, solange nicht die Beschlussunfähigkeit auf Antrag eines Mitglieds gemäß § 12 festgestellt ist.

(2) Nach Eröffnung der Sitzung wird die Beschlussfähigkeit nur auf Antrag gemäß § 12 überprüft. Wahlen und Abstimmungen, die dem Antrag vorausgehen, sind gültig. Während einer Abstimmung oder Wahl ist der Antrag nicht zulässig.

(3) Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, so kann die*der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen, wenn damit zu rechnen ist, dass die Beschlussfähigkeit in dem für die Sitzung veranschlagten Zeitraum wieder hergestellt wird. War die Sitzung unterbrochen, so bedarf es im Falle der Wiedereröffnung der Feststellung der Beschlussfähigkeit durch die*den Vorsitzende*n.

(4) Die*der Vorsitzende hat im Falle der Feststellung der Beschlussunfähigkeit die Sitzung sofort zu schließen, wenn nicht die Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 1 gegeben sind. Im Falle der Schließung kann sie*er spätestens für den zehnten Werktag nach der Schließung eine neue Sitzung mit unveränderter Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist kann für diesen Fall auf vier Werktage abgekürzt werden.

(5) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden, so ist der Senat in der folgenden einzuberufenden Sitzung bei der Beratung derselben Angelegenheit unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. In der ordnungsgemäßen schriftlichen Ladung muss ausdrücklich hierauf hingewiesen werden.

§ 10 Leitung der Sitzung

Die*der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Sie*er sorgt für einen zügigen und sachgemäßen Ablauf der Beratung; sie*er stellt fest, wann die Behandlung eines Tagesordnungspunktes oder die Durchführung einer Abstimmung oder Wahl beginnt und wann sie abgeschlossen ist.

§ 11 Worterteilung

Die*der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, die sich aus der Redeliste ergibt. Sie*er kann von der Reihenfolge abweichen, wenn es der Diskussion oder der angemessenen Berücksichtigung aller Geschlechter, Mitgliedergruppen oder Erstbeiträge dienlich erscheint. Sie*er kann jederzeit das Wort ergreifen.

§ 12 Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich vorgetragen werden. Die Meldung zur Geschäftsordnung erfolgt durch Heben beider Hände. Dadurch wird die Redeliste nach Beendigung der Ausführungen der jeweils redenden Person unterbrochen. Anträge und Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sind bevorzugt zuzulassen.

(2) Anträge zur Geschäftsordnung sind insbesondere Anträge auf:

- a) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- b) Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung
- c) Aufnahme eines Tagesordnungspunktes
- d) Absetzung eines Tagesordnungspunktes
- e) Beschlussfassung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2
- f) Begrenzung der Redezeit
- g) Schließung der Redeliste
- h) Schließung der Debatte
- i) Unterbrechung der Sitzung
- j) Vertagung
- k) Nichtbefassung mit einem Antrag
- l) Wiederholung einer Abstimmung oder eines Wahlvorganges wegen offensichtlicher Formfehler
- m) Feststellung sonstiger Verfahrensfehler
- n) Erteilung des Rederechts an Nichtmitglieder nach § 8 Abs. 2
- o) Ausschluss der Öffentlichkeit

(3) Ein Antrag zur Geschäftsordnung ist angenommen, wenn ihm nicht widersprochen wird. Antrag und Widerspruch bedürfen keiner Begründung. Bei Widerspruch ist nach Anhörung von je einem*einer Redner*in für und gegen den Antrag abzustimmen.

§ 13 Sachanträge und Abstimmungen

(1) Sachanträge zu einem Tagesordnungspunkt können nur mündlich und nur so lange gestellt werden, bis der Abschluss der Behandlung eines Tagesordnungspunktes von der*dem Vorsitzenden festgestellt worden ist. Vor der Sitzung schriftlich übermittelte Sachanträge gelten nur als angekündigt.

(2) Die*der Vorsitzende eröffnet nach Abschluss der Beratung die Abstimmung. Anträge zum Abstimmungsgegenstand oder zur Worterteilung dazu sind von diesem Zeitpunkt ab nicht mehr zulässig.

(3) Die*der Vorsitzende hat sich vor der Abstimmung zu vergewissern, dass den Mitgliedern der Inhalt der vorliegenden Sachanträge und die Bedeutung der Abstimmung gegenwärtig sind. Sachanträge sollen, sofern sie den Senatsmitgliedern nicht schriftlich vorliegen, unmittelbar vor der Abstimmung in vollem Wortlaut verlesen werden.

(4) Liegen zu demselben Gegenstand mehrere konkurrierende Sachanträge vor, so ist über den jeweils weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen. Wird er angenommen, so sind weniger weitergehende Anträge erledigt. Kann die*der Vorsitzende nicht feststellen, welcher Sachantrag der weitergehende ist, so wird in der Reihenfolge der gestellten Anträge abgestimmt. Ist über Teile eines Sachantrages getrennt abgestimmt worden, so ist eine Schlussabstimmung über den gesamten Sachantrag durchzuführen.

(5) Sind zu einem Sachantrag Änderungsanträge gestellt worden, so sind sie vor dem Hauptantrag zur Abstimmung zu stellen. Soweit den Änderungsanträgen zugestimmt wird oder sie von dem*der Hauptantragsteller*in übernommen werden, wird der Hauptantrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

(6) Abstimmungen finden in der Regel durch Handaufheben statt. Auf Verlangen von einem Senatsmitglied muss geheim abgestimmt werden; das gilt nicht für Geschäftsordnungsanträge. Entscheidungen über Personalangelegenheiten erfolgen stets in geheimer Abstimmung.

(7) Soweit gesetzlich, durch die Grundordnung oder durch diese Geschäftsordnung nichts anderes geregelt ist, ist ein Antrag angenommen, wenn er die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Diese Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt. Stimmenthaltungen und ungültig abgegebene Stimmen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(8) Ein Beschluss kann in derselben Sitzung nur mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder abgeändert werden.

(9) Ist das Ergebnis einer Abstimmung nicht eindeutig, so wird die Gegenprobe gemacht. Ist das Ergebnis auch dann nicht eindeutig, so werden die Stimmen gezählt. Bei Zweifeln über die Richtigkeit der Stimmenauszählung ist die Auszählung sofort zu wiederholen. Zweifel über die Richtigkeit der Stimmenauszählung können nach der Bekanntgabe des Ergebnisses nur unverzüglich und bis zum Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes angebracht werden.

(10) In allen nach dem LPVG mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten ist vor der Beschlussfassung im Senat dem zuständigen Personalrat rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 14 Sondervotum, Gruppenveto

(1) Jedes Senatsmitglied, das bei einer Beschlussfassung überstimmt worden ist, kann seinen abweichenden Standpunkt in einem Sondervotum darlegen. Sondervoten müssen in der Sitzung angemeldet und binnen einer von der*dem Vorsitzenden zu bestimmenden angemessenen Frist schriftlich mit Begründung eingereicht werden. Sie werden jeweils als Anlage zum Protokoll genommen. Beschlüssen, die anderen Stellen vorzulegen sind, ist das Sondervotum beizufügen.

(2) Der Antrag auf ein Gruppenveto nach § 12 Abs. 3 der Grundordnung kann nur im Senat gestellt werden. Er kann mündlich und muss vor der Beschlussfassung über einen Antrag zu dem Tagesordnungspunkt gestellt werden. Die Meldung zu dem Antrag erfolgt durch das Heben beider Hände. Er ist vor der Abstimmung über den Antrag zu dem Tagesordnungspunkt in der Gruppe zur Abstimmung zu stellen.

§ 15 Stimmrecht der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung

Bei Entscheidungen, die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder Lehre unmittelbar betreffen, haben die Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung Stimmrecht, soweit sie entsprechende Funktionen in der Universität wahrnehmen und über besondere Erfahrungen im jeweiligen Bereich verfügen. Das Zutreffen dieser Voraussetzungen wird in der Regel nach einer zweijährigen Mitgliedschaft in der Universität unterstellt. Die*der Vorsitzende des Senats stellt zu Beginn der Amtszeit des Mitglieds fest, ob diese Voraussetzung vorliegt; in Zweifelsfällen entscheidet das Rektorat. Ablehnende Entscheidungen sind zu begründen.

§ 16 Wahlen

- (1) Wahlen von Personen, die nicht als Vertreter einer Gruppe in ein Gremium entsandt werden, finden als integrierte Wahlen statt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Enthaltungen werden berücksichtigt.
- (2) Wahlen von Personen, die als Vertreter*in einer Gruppe entsandt werden, erfolgen nach Gruppen getrennt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Senatsmitglieder seiner Gruppe erhält. Enthaltungen werden berücksichtigt.
- (3) Wahlen im Senat sind geheim. Sie sind nur gültig, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hat.
- (4) Wird die nach Absatz 1 oder Absatz 2 erforderliche Mehrheit nicht erreicht, so ist vor einem zweiten Wahlgang eine Aussprache herbeizuführen. Wird auch im zweiten Wahlgang die nach Absatz 1 oder Absatz 2 erforderliche Mehrheit nicht erreicht, genügt im dritten Wahlgang die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Alle Wahlgänge sind in getrennten Sitzungen durchzuführen.
- (5) Stehen weniger als oder gleich viele Kandidat*innen zur Verfügung wie Mandate zu vergeben sind, kann bei der Wahl für jede*n einzelne*n Kandidat*in mit ja, nein oder Enthaltung gestimmt werden. Stehen mehr Kandidat*innen zur Verfügung als Mandate zu vergeben sind, hat jede*r Wahlberechtigte so viele Ja-Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind; je Kandidat*in kann nur eine Ja-Stimme vergeben werden; nicht abgegebene Ja-Stimmen bleiben unberücksichtigt.

§ 17 Protokollierung

- (1) Über die Sitzungen des Senats werden Beschlussprotokolle, aus denen die wesentlichen Argumentationen der Diskussion ersichtlich sind, angefertigt. Zu ihrer Überprüfung dienen ergänzende Audioaufzeichnungen.
- (2) Die Protokollentwürfe sollen dem Senat spätestens zur übernächsten ordentlichen Sitzung vorgelegt werden. Sie können nur genehmigt werden, wenn sie der Einladung zur Sitzung beigefügt waren. Einsprüche sind in der Sitzung von der*dem Vorsitzenden zu klären. Ist eine Klärung nicht möglich, so entscheidet der Senat. Geht kein Einspruch ein, so ist das Protokoll genehmigt.
- (3) Genehmigte Protokolle sowie die ergänzenden Audioaufzeichnungen sind allen Mitgliedern und Angehörigen der Universität zugänglich. Dies gilt nicht für Personal-, Prüfungs-, Habilitations- und Promotionsangelegenheiten sowie in sonstigen vertraulichen Angelegenheiten.

§ 18 Ausschüsse und Kommissionen

- (1) Der Senat kann bestimmte Aufgaben jederzeit widerruflich auf beschließende Ausschüsse übertragen. Die stimmberechtigten Mitglieder werden vom Senat aus seiner Mitte nach Gruppen getrennt gewählt. Die Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer*innen müssen in einem beschließenden Ausschuss bei Entscheidungen, die die Lehre mit Ausnahme ihrer Bewertung unmittelbar betreffen, mindestens über die Hälfte der Stimmen, bei Entscheidungen, die Forschung, Kunst oder die Berufung von Professor*innen unmittelbar betreffen, über mehr als die Hälfte der Stimmen verfügen. Der Senat kann entsprechende Stimmgewichtungen beschließen.
- (2) Der Senat kann für bestimmte Aufgaben jederzeit Kommissionen bilden.
- (3) Beschlüsse über die Zusammensetzung von Kommissionen und Ausschüssen benötigen die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.
- (4) Für das Verfahren in den beschließenden Ausschüssen und in den Kommissionen gilt diese Geschäftsordnung mit der Maßgabe entsprechend, dass über die Sitzungen lediglich Beschlussprotokolle anzufertigen sind.

§ 19 Unterkommissionen

- (1) Die Universitätskommissionen können für besondere Aufgaben Unterkommissionen bilden.
- (2) Jeder Unterkommission gehören an:
1. das zuständige Mitglied des Rektorats als Vorsitzende*r ohne Stimmrecht, mit Stimmrecht mindestens je ein*e Vertreter*in
 2. der Gruppe der Hochschullehrer*innen,
 3. der Gruppe der akademischen Mitarbeiter*innen,
 4. der Gruppe der Studierenden und
 5. der Gruppe der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung.

(3) Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 2 bis 5 werden von der Senatskommission nach Gruppen getrennt gewählt. Sie müssen nicht der Hauptkommission angehören.

(4) Die Amtszeit der stimmberechtigten Mitglieder der Unterkommission endet mit der Erledigung der Aufgabe, spätestens mit der Amtszeit der Universitätskommission.

(5) Über die Sitzungen der Unterkommissionen sind Beschlussprotokolle anzufertigen.

(6) Für Aufgaben, die in die Zuständigkeit mehrerer Universitätskommissionen fallen, können diese eine gemeinsame Unterkommission bilden. Abweichend von Absatz 2 Nr. 1 gehören ihr alle zuständigen Prorektor*innen mit wechselndem Vorsitz ohne Stimmrecht an. Ansonsten gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend.

§ 20 Auslegung der Geschäftsordnung

Über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet die*der Vorsitzende.

§ 21 Änderung der Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung kann mit Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Senatsmitglieder geändert werden.

§ 22 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Verkündungsblatt der Universität Bielefeld – Amtliche Bekanntmachungen - in Kraft. Die Geschäftsordnung des Senats der Universität Bielefeld vom 15. Dezember 2015 (Verkündungsblatt der Universität Bielefeld - Amtliche Bekanntmachungen - Jahrgang 44 Nr. 19 Seite 508) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Rügeausschluss

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des HG NRW oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule kann gegen diese Ordnung nur innerhalb eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung geltend gemacht werden, es sei denn

- a) die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- b) das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet
- c) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
- d) bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Die aufsichtsrechtlichen Befugnisse nach § 76 HG bleiben unberührt.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Universität Bielefeld vom 29. Januar 2020.

Bielefeld, den 2. März 2020

Der Rektor
der Universität Bielefeld
Universitätsprofessor Dr.-Ing. Gerhard Sagerer